

3.24 Wissenschaftspolitisches Programm

Antragsteller: FGA Hochschule und Forschung

5

Der Gewerkschaftstag fordert den GEW-Hauptvorstand auf, das vom GEW-Gewerkschaftstag 1993 beschlossene wissenschaftspolitische Programm der GEW bis zum nächsten Gewerkschaftstag zu überarbeiten.

10

Begründung:

15

Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland stehen vor großen strukturellen und inhaltlichen Veränderungen.

Die Erwartung der Gesellschaft an die Qualität und Quantität ihrer Bildungs- und Forschungsleistungen wachsen, ohne dass die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

20

25

- Die „soziale Öffnung“ der Hochschule wird durch eine Ausweitung von Numerus clausus und Auswahlgesprächen infrage gestellt.

30

- Durch die Privatisierung der Studienkosten wird die soziale Auslese beim Zugang zu den Hochschulen wieder verschärft.

35

- Die „Durchlässigkeit“ eines differenzierten Studienangebotes wird durch Quoten- und Notenvorgaben – nicht nur des Staates - verbaut.

40

- Die Gleichstellungspolitik gerät ins Hintertreffen.

- Die Forschung gerät angesichts der Stagnation der öffentlichen Grundhaushalte in zunehmende Abhängigkeit von „Markt und Mode“, ihre kritisch-aufklärerische Funktion ist dadurch gefährdet.

45

- Die sich breitmachende Philosophie des globalen Wettbewerbs schränkt die wissenschaftliche Kooperation ein: das reicht von dem um Stipendien buhlenden Studierenden bis zu produktiven Querdenkern, die an der „herrschenden Lehre“ scheitern, und Hochschulen, die „Elite“ werden wollen.

50

- 55 - Die Abhängigkeit von Drittmittelgebern und Projektfinanzierern fördert die Kreativität und Innovationskraft nur unzureichend.
- Die Globalisierung der Wissenschaft unterläuft die wissenschaftliche Vielfalt zu nationale Identitäten.
- 60 - Die „Flexibilisierung“ der wissenschaftlichen Arbeitskraft gefährdet die Attraktivität und die Kontinuität und damit die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit.

65

In dieser Situation ist es notwendig, die vorherrschenden Trends in der Hochschul- und Forschungspolitik zu analysieren und Alternativen zu entwickeln.

70

Ohne ein eigenes wissenschaftspolitisches Konzept würde aus der vielfältigen gewerkschaftlichen Arbeit nur Stückwerk. Angesichts der „konservativen Aufrüstung“ wird es notwendig, eine „demokratische Alternative“ vorzubereiten.

75

Beschlossen am 26. April 2005